



Ein dauerhaftes Bündnis von Hooligans und Rechtsextremisten wäre gefährlich

Mit dem Aufmarsch von 4500 gewaltsuchenden Hooligans erlebte Köln am 26. Oktober eine neue Dimension der Gewalt. Mit massiven Angriffen auf die Polizei, auf Journalisten und unbeteiligte Passanten. 49 Polizisten wurden dabei verletzt. Für die Politik waren die erschreckenden Szenen von Köln trotzdem kein Anlass, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie der Staat dieser neuen Gefahr entschlossen entgegenzutreten kann. Stattdessen kam es zu einem parteipolitischen Gezänk um die Frage, ob die Polizei während des Hooligan-Aufmarsches in Köln mit genügend Kräften vor Ort war.

Hintergrund des Streits waren zwei Zahlen: Noch am 23. Oktober hatte das Kölner Polizeipräsidium davon gesprochen, dass die Polizei mit 1500 Demonstranten rechnen würde. Innenminister Ralf Jäger nannte unmittelbar nach der gewalttätigen Demonstration dagegen die Zahl von 4500 erwarteten Hooligans. Ein Widerspruch, den sich die Opposition sofort zunutze gemacht hat. Die GdP dringt deshalb darauf, dass dieser Widerspruch aufgeklärt wird. Denn ein zu geringer Kräfteeinsatz geht immer zu Lasten der vor Ort eingesetzten Polizisten.

Wichtiger ist jedoch die Frage, wie die Politik auf das gemeinsame Auftreten von Hooligans und Rechtsextremisten reagieren soll. Für den GdP-Landesvorsitzenden Arnold Plickert, der den Kölner Hooligan-Aufmarsch vor Ort beobachtet hatte, ist das „eine brandgefährliche Situation“. In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ warnte er davor, dass die gewaltbereiten Alt-Hools, die sich schon vor Jahren aus den Stadien zurückgezogen haben, weil sie mit den Choreografien der Ultras nichts anfangen können, wieder verstärkt gewalttätig auftreten und eine dauerhafte Verbindung mit rechtsextremistischen Gruppen eingehen könnten. Für beide Gruppierungen sind die Kölner Ausschreitungen ein Erfolg, auf den sie aufbauen wollen.

Wie groß die Schnittmenge zwischen Hooligans und Rechtsextremisten bereits ist, ist selbst bei Experten umstritten. In dem erst wenige Wochen alten ZIS-Bericht für die Bundesligasaison 2013/2014 wird die Schnittmenge von gewalttätigen Fußballfans und Rechtsextremisten auf 400 bis 500 Personen bundesweit beziffert. Eine Zahl, die nach den Erfah-

rungen von Köln deutlich nach oben korrigiert werden muss. Auch Recherchen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ und des WDR sprechen dafür, dass der Anteil gewalttätiger Fußballfans mit rechtsextremistischer Gesinnung erheblich größer ist. Trotzdem sind nicht alle Hooligans rechtsextrem. Viele Hooligan-Gruppen sind eher unpolitisch, für sie ist öffentlich inszenierte Gewalt ein Event. Trotzdem gibt es diese Verbindung. „Es ist schon bizarr zu beobachten, wenn, wie in Köln, Hools laut ‚Nazis raus!‘ skandieren, während keine zwanzig Meter weiter eine Gruppe mit Glatze und Springerstiefeln steht, mit denen sich die Hooligans anschließend verbündern“, warnte Plickert in mehreren Interviews. „Die entscheidende Frage der nächsten Wochen wird deshalb sein, ob sich zwischen den bislang untereinander verfeindeten Hooligan-Gruppen und den Rechtsextremisten neue Führungsstrukturen bilden, und ob diese Gruppierung neue Anhänger rekrutieren kann“, sagte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende nach den Kölner Ausschreitungen der „Hessischen Allgemeinen“. „Es ist eine Situation, die mir Sorge bereitet“, betonte er.

In der politischen Diskussion spielt diese Gefahr allerdings bislang eine untergeordnete Rolle. Statt über Strategien zu diskutieren, wie ein drohender Zusammenschluss von gewaltbereiten Hooligans mit fanatisierten Rechtsextremisten verhindert werden kann, wittert die politische Opposition im Düsseldorfer Landtag Mor-

genluft. Sie versucht, Innenminister Jäger (SPD) wegen der Hooligan-Ausschreitungen zu stürzen, und stellt deshalb den Kölner Polizeieinsatz insgesamt infrage. Für die GdP ist das ein gefährliches Spiel. „Statt als Demokraten gemeinsam der Gefahr entgegenzutreten, die von den brutalen Schlägern und den neuen Nazis ausgeht, greift die Opposition die Polizei an. Davon profitieren nur diejenigen, die in Köln Passanten und Polizisten brutal angegriffen haben“, warnte Plickert.

Beigetragen zu dieser Situation hat allerdings auch der Innenminister. Unmittelbar nach den Kölner Aus-

→ Seite 2



Die Polizei nicht im Stich lassen



Der gewalttätige Mob, der Ende Oktober Kölns Innenstadt unsicher gemacht hat, war hochexplosiv. Viele Teilnehmer des Hooligan-Aufmarsches, der unter dem Motto „Hooligans gegen Salafisten“ stand, sind polizeibekannte Schläger, für die längst ein bundesweites Stadionverbot besteht und die sich nicht für Fußball interessieren, sondern sich an abseits gelegenen Orten zu Massenschlägereien

untereinander verabreden, der sogenannten dritten Halbzeit. Auch viele Althools waren darunter und erschreckend viele junge Neonazis. Eine Mischung, die politisch gefährlich ist, wenn sich innerhalb der neuen Gruppierung feste Führungsstrukturen entwickeln sollten. Deshalb muss die Polizei den Kölner Gewalttätern entschieden entgegentreten. Und sie muss die Gefahr einer Unterwanderung der gewaltbereiten Hooligan-Szene durch Neonazis mehr Aufmerksamkeit schenken. Dazu müssen alle Fakten auf den Tisch, und der aktuelle

ZIS-Bericht muss korrigiert werden. Gefordert ist aber auch die Politik. Sie muss der Polizei den Rücken stärken, wenn sie sich gewaltsuchenden Schlägern entgegenstellt, statt ständig jeden Polizeieinsatz öffentlich in Zweifel zu ziehen.

Sicher: In Köln wären mehr Polizisten erforderlich gewesen, angesichts des dort versammelten, braun durchwirkten Gewaltpotenzials. Aber dazu muss die Politik der Polizei auch die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen, statt immer mehr Personal abzubauen. Köln zeigt einmal mehr: Die zunehmende Gewaltbereitschaft lässt sich weder durch einen Rückzug, noch durch einen Abbau der Polizei verhindern, sondern nur durch eine konsequente Verfolgung der Straftäter. Auch in den Fußballstadien: Dass es nur zwei Wochen nach den Kölner Krawallen beim Champions-League-Spiel zwischen Borussia Dortmund und Galatasaray Istanbul nicht zu Toten und Schwerverletzten gekommen ist, ist nur dem Zufall zu verdanken und dem beherzten Eingreifen unserer Kolleginnen und Kollegen. Deshalb muss die Präsenz der Polizei erhöht werden, bevor es zu spät ist.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

schreitungen sprach Jäger von einem „erfolgreichen Einsatz“. Eine Formulierung, die sich angesichts von 49 verletzten Beamten verbietet. Wenig hilfreich sind aus Sicht der GdP zudem die Forderungen, die Polizei hätte den Hooligan-Aufmarsch verbieten sollen. Dafür fehlte der Kölner Polizei schlicht eine rechtliche Handhabe, weil die Hooligans und Rechtsextremisten ihren gemeinsamen Aufmarsch als politische Demonstration gegen Salafisten getarnt hatten. Zudem hatte es zuvor mehrere Hooligan-Demonstrationen gegeben, bei denen es nicht zu größeren Auseinandersetzungen gekommen war. „Ein Verbot wäre mit hoher Sicherheit vor Gericht gescheitert. Es hätte am Ende nur den Gewalttätern genutzt“, warnte Plickert vor falschen Hoffnungen. „Nach den Kölner Ausschreitungen haben wir jetzt allerdings eine andere Situation. Einfach durchzusetzen ist ein Verbot trotzdem nicht, wie die Erfahrungen bei den häufig gewalttätig verlaufenden Demonstrationen am 1. Mai in Berlin und in Hamburg zeigen.“

Wer zu Fuß geht, lebt gefährlich

In NRW wird geblitzt wie noch nie. Trotzdem geht die Zahl der Schwerverletzten nicht zurück. 2014 ist sie sogar gestiegen, auf 9861 Schwerverletzte alleine von Januar bis September. Das sind 785 Verkehrsoffer mehr als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Für die GdP ist das eine dramatische Entwicklung. Unter dem Titel „Verkehrsunfallprävention ist mehr als Blitzen“ hat sie deshalb am 6. November auf einem eintägigen Verkehrsforum in Düsseldorf zusammen mit Experten über neue Wege in der Unfallprävention beraten.

Einer der dort diskutierten Forderungen lautet: Tempo 30 in Innenstädten. Eine andere Forderung lautet: Nutzung von Section Control in den Bereichen, wo herkömmliche Blitzer nicht eingesetzt werden können. Sorge bereitet den Teilnehmern des GdP-Forums vor allem die Beobachtung, dass unter den Verkehrsoffern immer mehr Radfahrer und Fußgänger zu finden sind. Während die Pkw-Insassen durch die moderne Fahrzeugtechnik immer besser geschützt werden, sind Radfahrer und Fußgänger bei Unfällen schutzlos. „Autofahren ist so sicher wie noch

nie. Wer zu Fuß geht oder mit dem Fahrrad fährt, lebt aber gefährlich“, fasste der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens den Trend zusammen. Weil immer mehr Menschen Rad fahren und weil gleichzeitig immer mehr ältere Menschen zu Fuß unterwegs sind, bei denen ein Unfall viel gravierendere Folgen hat als bei den Jüngeren, rechnet Mertens sogar mit weiter steigenden Opferzahlen.

Viele der schweren oder sogar tödlichen Unfälle ereignen sich zudem in Situationen, bei denen die beteiligten Fahrzeuge die zulässige Höchstge-





schwindigkeit nicht überschritten haben. „Blitzen ist wichtig. Aber mit Blitzen alleine können wir das Problem der wachsenden Zahl von Verkehrstoten nicht lösen“, sagte dazu GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert auf dem Forum. „Deshalb brau-

chen wir endlich eine ernsthafte Diskussion über Tempo 30 in den Innenstädten und Tempo 90 auf Landstraßen.“

Plickert griff damit eine Forderung auf, für die sich die GdP bereits in ihrem Ende 2011 verabschiedeten Verkehrspolitischen Programm einsetzt. Statt in Wohngebieten Tempo-30-Zonen auszuschildern,

müssten innerorts die Durchgangsstraßen gekennzeichnet werden, in denen eine höhere Geschwindigkeit zulässig ist. Dadurch würde das Unfallrisiko in den Städten deutlich sinken, ohne dass es zu einer generellen Verlangsamung des Verkehrs

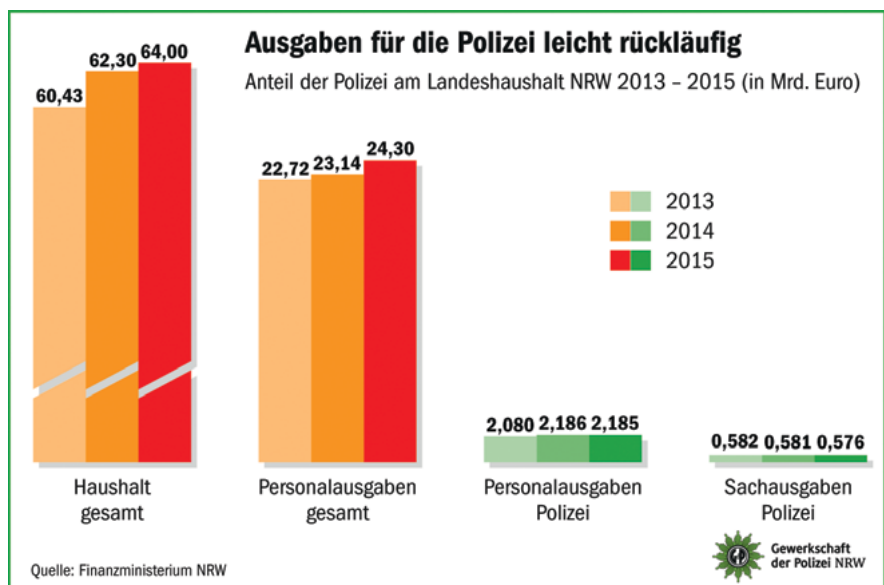
kommt. „Wer sich heute in den Innenstädten bewegt, weiß ohnehin, dass die Vorstellung, man könne innerorts durchgängig 50 Stundenkilometer schnell fahren, eine Illusion ist“, betonte Plickert.

Gegensätzliche Position gab es auf dem Forum hingegen zur Forderung der GdP nach Einführung eines Pilotprojekts zu Section Control in NRW. Während Jörg Müller, Referatsleiter im niedersächsischen Innenministerium, im Detail erläuterte, warum das dort im kommenden Jahr startende Pilotprojekt auch vom niedersächsischen Datenschutzbeauftragten mitgetragen wird, zeigte sich Jürgen Marten vom Innenministerium NRW skeptisch. Zum Datenschutz bei Section Control gebe es auch andere Meinungen, sagte er. Im Übrigen beobachtete NRW das Pilotprojekt in Niedersachsen mit großem Interesse.

2,761 Milliarden Euro will das Land NRW im kommenden Jahr für die Innere Sicherheit ausgeben, das sind gerade einmal 4,3 Prozent des Haushalts. Darauf hat GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert Mitte Oktober bei der Anhörung des Haushaltsplans für 2015 im Düsseldorfer Landtag hingewiesen. Die GdP fordert deshalb, dass die rot-grüne Landesregierung mehr für den Erhalt der Einsatzfähigkeit und die Attraktivität der Polizei tut. Vier Maßnahmen sind dabei vordringlich: Erstens muss die Zahl der Neueinstellungen von 1500 auf 1800 erhöht werden, um den sonst drohenden Personalabbau bei der Polizei zu verhindern. Zweitens muss die Zahl der Tarifbeschäftigten wieder auf den Stand gebracht werden, den sie vor der 2006 eingeleiteten Privatisierungswelle bei der Polizei hatte. Drittens müssen die Polizeibehörden einen angemessenen Etat erhalten, um gut ausgebildete Tarifbeschäftigte anwerben und halten zu können. Viertens muss die Politik endlich die von ihr immer wieder zugesagte Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-, Feuerwehr- und Justizzulage umsetzen. Sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit.

Die detaillierte Stellungnahme zum Haushalt steht auf der Homepage des Landesbezirks zum Download: www.gdp-nrw.de

Einsatzfähigkeit und Attraktivität der Polizei erhalten!



Trotz aller Klagen der Landesregierung über einen angeblich nicht mehr zu finanzierenden öffentlichen Dienst, verharren die Ausgaben für die Polizei in NRW auf einem niedrigen Niveau. Nach dem vom Landtag bereits beschlossenen Haushaltsplan, sollen 2015 sowohl die Personalausgaben als auch die Sachausgaben der Polizei sogar leicht sinken, auf insgesamt 2,761 Milliarden Euro. Trotz eines gleichzeitigen Anstiegs aller Ausgaben des Landes von 62,3 auf 64,0 Milliarden Euro.





2014 – ein Rückbl

++++ Das Jahr ist erst wenige Tage alt, als am **9. Januar** ein internes Papier des LKA bekannt wird, nachdem in den vergangenen drei Jahren in NRW bei Hunderten von Straftaten im Bereich Internetkriminalität, die **Täter wegen fehlender Vorratsdatenspeicherung nicht ermittelt** werden konnten. Bei der Kinderpornografie gilt das sogar für 268 von 1020 Verfahren. Die GdP fordert deshalb umgehend, dass die neue Bundesregierung ihren Streit über die Einführung der Vorratsdatenspeicherung beendet und der Polizei die rechtlichen Möglichkeiten zur Verfolgung der Straftäter zur Verfügung stellt. ++++ Am **18. Januar** kommt es mitten in der Kölner Innenstadt zu einer **Massenschlägerei zwischen gewalttätigen Anhängern des 1. FC Köln und Schalke 04**. Dass es dabei nicht zu einem Toten gekommen ist, war reines Glück. GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert mahnte die Fußballfans, den brutalen Schlägern keine Bühne für ihre Straftaten zu bieten. „Kein Verein ist Tote und Schwerverletzte wert“, sagte Plickert. Doch die Fußballgewalt sollte das neue Jahr immer wieder beherrschen. ++++ **Anfang April** wählen 158 Delegierte aus ganz NRW auf einem **Delegiertentag in Dortmund** den Landesbezirksvorstand und beraten über die Arbeitsschwerpunkte der GdP für die kommenden vier Jahre. Eine **Podiumsdiskussion mit der Bochumer Polizistin Tania Kambouri**, die von den Anfeindungen berichtet, die sie als Polizistin mit griechischen Eltern bei Einsätzen erlebt,





ick in Schlagzeilen

löst ein bundesweites Medienecho aus. ++++ Auch zehn Jahre nach der **Streichung des Urlaubs- und der radikalen Kürzung des Weihnachtsgeldes** hat das Bundesverfassungsgericht noch immer nicht entschieden, ob durch die in den letzten Jahren von der Politik durchgesetzten massiven Eingriffe bei der Beamtenbesoldung nicht längst die Grenze der amtsangemessenen Alimentation unterschritten ist. Für die GdP ist die Untätigkeit des Gerichts nicht länger hinnehmbar. Mitte Mai startet sie die Initiative **„10 Jahre sind genug! 10 000 Briefe an das Bundesverfassungsgericht!“**. Mehr als 12 000 Kolleginnen und Kollegen unterschreiben die Protestbriefe, die GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert und sein Vorstandskollege Volker Huß am 15. Juli in Karlsruhe dem Bundesverfassungsgericht übergeben. ++++ Auf Druck des grünen Koalitionspartners setzt Innenminister Ralf Jäger (SPD) **Anfang Juli** eine vierköpfige Expertenkommission ein, die **Vorschläge zu den künftigen Aufgaben und zur Organisationsstruktur** der Polizei entwickeln soll. Damit greift Jäger eine Forderung der GdP auf, dass die Politik angesichts des drohenden Personalabbaus bei der Polizei endlich entscheidet, welche Aufgaben die Polizei in Zukunft wahrnehmen soll. In der Arbeitsgruppe bleiben die Gewerkschaften trotzdem außen vor. ++++ Gut ein Jahr nach der Weigerung von Rot-Grün, den Tarifabschluss der Länder für 2013 und 2014 für alle Beamtinnen und Beamten zu übernehmen, erlebt die Landesregierung am 1. Juli beim Verfassungsgerichtshof in Münster mehr als nur eine heftige Klatsche. Das Gesetz ist schlicht verfassungswidrig. Die GdP fordert Rot-Grün auf, umgehend Verhandlungen über die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten aufzunehmen. ++++ Unmittelbar vor Beginn der Bundesligasaison 2014/2015 kündigt Innenminister Ralf Jäger Ende August **einen radikalen Wandel des Einsatzkonzepts beim Fußball** an. Bei Spielen, bei denen die Polizei aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit mit einem geringeren Gewaltisiko rechnet, soll die Polizeipräsenz deutlich reduziert werden. Die Fans sollen auf dem Weg ins Stadion nicht mehr begleitet werden. Die Einsatzkräfte nach Möglichkeit nicht mehr im Stadion erscheinen. Die GdP lehnt das Konzept als grundsätzlich falsch ab. Immer wieder betont sie in den nächsten Wochen, dass es keine Risiko- und Nicht-Risikospiele gibt, sondern Fußballfans auf der einen und Gewalttäter auf der anderen Seite. Daran muss die Polizeistrategie ansetzen. ++++ **Am 22. August** einigt sich Rot-Grün nach harten Verhandlungen mit den Gewerkschaften bei der Beamtenbesoldung. Für die Kolleginnen und Kollegen ab der Besoldungsgruppe A 11, die nach den ursprünglichen Plänen der Landesregierung weitgehend leer ausgehen sollten, gibt es eine **deutliche Besoldungserhöhung**. Mit am Tisch saß für die Polizei nur die GdP. ++++ Der demografische Wandel bei der Polizei schreitet rasant voran. **Am 4. September** startet die GdP deshalb ihr **Projekt 1800**, damit die Zahl der Einstellungen endlich an den Nachersatzbedarf angepasst wird. ++++ **Am 2. Oktober** erhöht die GdP mit einem **Kriminalforum zur Vorratsdatenspeicherung** noch einmal den Druck auf die Politik, der Polizei endlich die Mittel zur Verfügung zu stellen, um Straftäter überführen zu können. ++++ Nur einen Monat später lädt die GdP am **6. November** erneut zu einem Forum. Unter Dem Titel **„Verkehrsunfallprävention ist mehr als Blitzen“**, macht sie sich für einen besseren Schutz für Fußgänger und Radfahrer stark. ++++ Mit dem **GdP-Bundeskongress vom 10. bis 12. November** in Berlin folgt ein weiterer Höhepunkt des Gewerkschaftsjahres. GdP-Landesvorsitzender **Arnold Plickert** wird mit über 90 Prozent der Stimmen erneut **zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt**. ++++ Die Delegierten beschließen zudem mehr als 240 Anträge.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1.12. Rudolf Müller, Kempen
- 3.12. Hans Tümmers, Neuss
- 6.12. Kurt Buchholz, Solingen
- 13.12. Heinrich Grelka, Meschede
- 15.12. Margarete Bruckhaus, Duisburg
- 18.12. Hedwig König, Paderborn
- 21.12. Karl Heinz Hirschfelder, Oberhausen
Kurt Wehowski, Recklinghausen
- 25.12. Jakob Jonen, Bonn
- 29.12. Hermann Hanisch, Krefeld

91. Geburtstag

- 7.12. Siegfried Fulland, Bochum
- 12.12. Ernst Lotz, Köln
- 13.12. Hermine Brinkmann, Wuppertal
- 26.12. Maria Wöllner, Erftstadt

92. Geburtstag

- 3.12. Bernhard Rottmann, Nottuln

- 13.12. Werner Steinfelder, Köln
- 14.12. Gerhard Hesse, Münster
- 18.12. Willibald Kuß, Gelsenkirchen
- 26.12. Johannes Franzpötter, Beckum
- 31.12. Erich Voessing, Warburg

93. Geburtstag

- 1.12. Hans Trebels, Erkelenz
- 4.12. Friedrich Meß, Essen
- 14.12. Hans Mertens, Essen
- 19.12. Elisabeth Ikier, Selm
- 20.12. Johann Ludwig, Düsseldorf

94. Geburtstag

- 3.12. Ilse Martin, Wuppertal
Hans Selonke, Rhaderfehn
- 4.12. Ilse Wörmann, Bielefeld
- 7.12. Paul Landmesser, Gladbeck
- 17.12. Horst Grannich, Selm
- 20.12. Else Möller, Witten
- 22.12. Heinrich Buchholz, Oberhausen
- 23.12. Liesbeth Rauscher, Beverungen
- 30.12. Herbert Lowin,
Mönchengladbach

95. Geburtstag

- 1.12. Fritz Thrun, Bad Homburg
- 6.12. Maria Liehr, Dortmund
- 10.12. Elsbeth Glaubitz, Duisburg
- 12.12. Lieselotte Pauluhn, Koblenz
- 19.12. Ursula Welling, Düsseldorf
- 25.12. Ella Müller, Nettetal
- 28.12. Frieda Laake,
Rheda-Wiedenbrück
- 30.12. Ursula Spielmann, Siegburg

97. Geburtstag

- 11.12. Emilie Schüler, Bochum

98. Geburtstag

- 12.12. Hugo Timmer, Essen
- 19.12. Ewald Kasper, Düsseldorf

99. Geburtstag

- 5.12. Gerda Laub, Köln

101. Geburtstag

- 5.12. Rudolf Horstkotte, Bielefeld

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

Erstes Jugendforum setzt Akzente

Mit der konstituierenden Sitzung des Landesjugendvorstandes und dem Jugendforum fanden am 31. 10. und 01. 11. 2014 im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick gleich zwei wichtige Ereignisse der Jungen Gruppe NRW statt. In der letzten Sitzung des Landesbezirksbeirates wurde dem Antrag der Jungen Gruppe NRW auf Erweiterung der Satzung um einen Geschäftsführenden Landesjugendvorstand stattgegeben. Vor diesem Hintergrund konstituierte sich der Landesjugendvorstand neu und schafft dadurch eine zusätzliche Plattform für aktive junge Kolleginnen und Kollegen. „Mit dem neuen Gremium haben wir die Möglichkeit, uns als Junge Gruppe landesweit besser auszutauschen und Themen breiter zu diskutieren. Auch die Unterstützung untereinander kann schneller und einfacher gewährleistet werden“, so Ernst Herget, Landesjugendvorsitzender der GdP. „Das ist ein Riesenfund für unsere Jugendorganisation“. Als erste Amtshandlung wählte der neue Landesjugendvorstand einstimmig Nils Jäger aus Dortmund und Andreas Wippermann aus Münster nachträglich in den geschäftsführenden Landesjugendvorstand.

Im Anschluss an die Sitzung fand unter dem Motto „Polizei im Spektrum der Gewalt“ das erste Jugendforum der Jungen Gruppe NRW statt. Knapp 40 junge Kolleginnen und Kollegen setzten sich engagiert zwei Tage lang mit dem brisanten Thema auseinander. Respektverlust und steigende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten, YouTube-Videos, die eine verzerrte Realität widerspiegeln und mangelnde Unterstützung seitens der Politik waren nur einige Punkte, die innerhalb verschiedener Workshops diskutiert wurden. Als Ergebnis des Jugendforums haben sich verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die für das kommende Jahr ein Seminar zum Thema „Einsatzbegleitende Kommunikation“ planen, ein Handout für Berufseinsteiger zum Thema „Was tun(!) ... beim ersten Widerstand, Strafverfahren, etc.“ entwerfen und ein Video zum Thema „Polizei im Spektrum von Gewalt“ drehen wollen. „Uns war es wichtig, mit praktischen Ergebnissen aus diesem Seminar zu kommen, damit wir die jungen Kolleginnen und Kollegen vor Ort in ihrem Polizeialltag unterstützen können“, so Herget.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Januar-Ausgabe
ist der 05. 01. 2014.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de



Neue Gesichter in der Geschäftsstelle



Nicht nur in der Polizei, sondern auch in der Geschäftsstelle der GdP in der Gudastraße schreitet der Generationswechsel rasant voran. Mit Julia Hoppe und Betty Becker hat der Landesbezirk deshalb gleich zwei neue Kolleginnen eingestellt: Julia Hoppe ist seit Mitte Oktober als Gewerkschaftssekretärin für die Abteilung Organisation verantwortlich. Sie folgt Jochen Littau, der im kommenden Jahr nach fast dreißigjähriger hauptamtlicher Tätigkeit bei der GdP in Rente geht. Betty Becker verstärkt

seit Anfang September als Mitarbeiterin die Abteilung Bildung. Sie übernimmt einen Teil der Aufgaben, die ab April kommenden Jahres mit dem Ausscheiden von Christel Schmeling neu verteilt werden. Beide neue Kolleginnen sind über eine interessante Berufslaufbahn zur GdP gekommen. Julia Hoppe, 45, war nach ihrem Fremdsprachen- und BWL-Studium zunächst in einer Werbeagentur tätig. Dort war sie mit der Organisation des Sponsoring-Bereichs für die EXPO 2000 in Hannover befasst. Nach der Weltausstellung betreute sie diverse PR-Projekte. Parallel dazu absolvierte sie ein weiteres Studium in Germanistik und Informationswissenschaften. Es folgte eine Mitarbeit im Projektbüro einer Hochhauserrichtung des Architekten Helmut Jahn. Nach

Baubeendigung war Julia Hoppe für eine mittelständische Unternehmensgruppe im Immobiliensektor verantwortlich für die Unternehmenskommunikation. Nachdem sie in den Vorstand der Muttergesellschaft, Wellenberg Holding AG, berufen wurde, leitete sie hier mehrere Jahre die Holding als das zentrale Steuerungsorgan für die vier Tochtergesellschaften. Nach einer Elternzeit folgte eine weitere Station in einer Mediaagentur.

Betty Becker, 30, war nach einer Berufsausbildung als Mediengestalterin in Rostock zunächst in einem Unternehmen des Groß- und Außenhandels in Düsseldorf tätig. Neben der Gestaltung und Pflege der unternehmenseigenen Medien war sie für die Anleitung und Betreuung der Auszubildenden zuständig. Nach einer vorübergehenden Elternzeit arbeitete sie als kaufmännische Fachkraft in einem mittelständischen Beschichtungsbetrieb. Parallel zu ihrer Berufstätigkeit hat Betty Becker eine kaufmännische Ausbildung abgeschlossen. In der Abteilung Bildung ist sie neben der Seminarorganisation auch mit der Rechnungserstellung befasst.

Bildungsprogramm 2015

Mehr als 60 Seminare stark ist das Bildungsprogramm 2015, das dieser Ausgabe beiliegt. Klassische Themen der politischen Bildung wie Rechtsextremismus, Migration und Europa gehören ebenso dazu wie polizeispezifische Seminare aus dem Bereich Wach- und Wechseldienst, der Kriminalpolizei, der Bereitschaftspolizei und dem Verkehrsbereich. Auch gruppenspezifische Angebote sind wieder stark vertreten, von der Qualifizierung der Disziplinarverteidiger bis zu den Angeboten für Personalräte.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist immer auch ein Abbild der realen Entwicklung. Weil in den kommenden Jahren immer mehr ältere Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen, hat der Landesbezirk sein Angebot zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“ um zusätzliche zweitägige Seminare erweitert.

Eine weitere wichtige Änderung gibt es im kommenden Jahr bei den Fahrtkosten: Um die hohe Qualität der Seminare zu halten und gleichzeitig deren Zahl weiter auszubauen, wird die GdP den Seminarteilnehmern keine Fahrtkosten mehr zahlen. Alle Seminare bleiben aber für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiter kostenlos. Darüber hinaus sind alle Seminare des Landesbezirks NRW auch weiter sonderurlaubsfähig.

Mehr Infos gibt es in dem beiliegenden Bildungsprogramm 2015, auf der Homepage des GdP-Landesbezirks und bei der Abteilung Bildung.

Tel.: 02 11/2 91 01-42/-14, E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de, betty.becker@gdp-nrw.de.



Zu einem fast zweistündigen Meinungsaustausch haben sich Ende Oktober der frühere Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) und der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert in der Geschäftsstelle der

GdP in Düsseldorf getroffen. Themenschwerpunkt war vor allem der Stellenwert der Inneren Sicherheit für die Politik. Ergänzt wurde das Gespräch durch einen Meinungsaustausch der Gewerkschaftsvorsitzenden (DGB, dbb u. a.) mit dem Parteivorsitzenden Armin Laschet und Vertretern der CDU-Landtagsfraktion.

GdP-Vorsitzender Plickert nutzte die Gelegenheit, um der CDU noch einmal für ihre Unterstützung im Rechtsstreit um die Übernahme des letzten Tarifabschlusses für die Beamten durch die von ihr eingereichte Normenkontrollklage in Münster zu danken. Aus Sicht der CDU sind für die Zukunft die Themen Abbau der Bürokratisierung, Abbau von Aufgaben in den Ministerien, Aufgabenkritik-Dienstrechtsreform sowie weniger Personal bei besserer Bezahlung besonders in den Fokus zu nehmen. Kritisch bewertete die GdP insbesondere die Überlegungen der CDU-Fraktion nach Einführung von Polizeiverwaltungsassistenten. Nach Vorstellungen der CDU sollen die neuen Stellen durch den Wegfall von Stellen für Polizeivollzugsbeamte finanziert werden. Zuzeiten steigender Anforderungen an den Beruf ist es das falsche Signal, die Einstiegs Voraussetzungen zu senken.





Polizistinnen und Polizisten tragen ein hohes Dienststrisiko, gegen das sie sich schützen müssen. Das gilt auch für die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten bei der Polizei. Der Rechtsschutz, den alle Mitglieder kostenlos bei der GdP bekommen, wenn es mal darauf ankommt, ist etwas ganz Besonderes. Etwas, das auch eine private Rechtsschutzversicherung nicht leisten kann, denn der GdP-Rechtsschutz basiert auf die Unterstützung durch alle Mitglieder. „Mit Recht solidarisch“ heißt deshalb die neu aufgelegte Broschüre, die kurz und knapp die wichtigsten Leistungen des GdP-Rechtsschutzes vorstellt. Die Broschüre „Mit Recht solidarisch“ gibt es vor Ort bei allen Kreisgruppen und zum Download auf der Homepage des Landesbezirks: www.gdp-nrw.de (unter: Infothek, Broschüren)

Glücksnummern des Monats

45 16099
Benjamin Strehl, Bochum
45 21264
Birthe Artz, Duisburg
45 83698
Jörg Dohmann, Autobahn
Düsseldorf
45 21604
Gabriela Gebhardt, Hagen

Die Gewinner erhalten eine Collegemappe.

GdP aktiv

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

4. Dezember, Senioren-Weihnachtsfeier, Anmeldung bis zum 2. Dezember 2014 bei Ralf Dünzer, Tel. 02 41/95 77/2 30 03, 15 Uhr, Saalbau Kommer, Forster Linde 55, 52078 Aachen-Forst.

Kreisgruppe Bergisches Land

13. Januar, Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Seniorenvorstands, 14:30 Uhr, Wuppertaler Hof, Winklerstr. 5, 42283 Wuppertal.

Kreisgruppe Düren

3. Dezember, Seniorentreffen, 14 Uhr, Restaurant Strepp, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach.

Kreisgruppe Ennepe-Ruhr

3. Dezember, Nikolauskaffeetrinken mit Jubilarehrungen, 15 Uhr, Gaststätte Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, 58332 Schwelm, Anmeldung bei Johannes Heveling,

Tel. 0 23 32/8 08 39 oder Wilhelm Bögemann, Tel. 0 23 31/4 89 12 20.

Kreisgruppe Essen/Mülheim

4. Dezember, Jahresabschlussfeier und Jubilarehrung der Ruheständler in weihnachtlichem Ambiente mit Kaffee, Kuchen und Abendessen, 7,50 Euro pro Person, 15 Uhr, Festsaal Hotel Franz (neben Franz-Sales-Haus), Steeler Str. 261, 45138 Essen, Anmeldung bis zum 2. Dezember unter 02 01/8 29/24 80 von 9 bis 12 Uhr.

Kreisgruppe Köln

18. Dezember, Jahresabschluss mit gemütlichem Beisammensein und Imbiss, 14 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln.

Kreisgruppe Krefeld

18. Dezember, Senioren-Weihnachtsfeier, 16 Uhr, Gaststätte Liewerbaas, Oststr. 12, 47798 Krefeld.

9.12. Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Köln, 14 Uhr, PP Köln, Forum 1, Walter-Pauli-Ring 2-6, Köln.

14. 1. Skat- und Knobelturnier der Kreisgruppe Soest, 18 Uhr, Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstr. 1, Bad Sassendorf.

15. 1. Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg, 14:30 Uhr, Festhalle, Carl-Diem-Str. 6, 52525 Heinsberg-Oberbruch.

27. 1. Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17 Uhr, Restaurant Ortwein, Bökenförder Str. 18, Lippstadt.

Kreisgruppe Unna

9. Dezember, vorweihnachtliches Kaffeetrinken, 15 Uhr, Gemeindehaus Südkamen, Perthesstr. 8, 59174 Kamen, Anmeldung bei Alfred Weber, Tel. 0 23 07/27 93 92 oder über die Kreisgruppe, Tel. 0 23 03/9 21 33 00.

NACHRUFE

Karl Heinz Hägerbäumer	7.11.1921	Bielefeld	Siegfried Dargers	15.10.1932	Gütersloh
Wilhelm Reese	30.12.1920	Bochum	Wilhelm Reif	25.11.1923	Hagen
Günter Spönemann	2.5.1940	Bonn	Frida Boor	15.6.1913	Münster
Hubert Koch	13.4.1943	Düren	Heinz Leisner	25.5.1932	Regio Köln
Anneliese Knoop	20.1.1927	Düsseldorf	Gertrud Swyen	5.10.1921	Viersen
Charlotte Uhe	22.12.1926	Essen/Mülheim	Luzia Knoop	13.7.1924	Wesel
Mathilde Strube	16.7.1920	Gelsenkirchen	Ulrich Soltmanowski	26.7.1954	WSP NRW
Barbara Aulenkamp	14.7.1921	Gütersloh			

